

LRin Hagele: „Gemeinsame Lösungen statt Debatten über Zuständigkeiten“

26.6.2026 - | Land Tirol

Bund, Länder und Sozialversicherung stellen wichtige Weichen für eine bessere PatientInnenversorgung.

- Einheitliche Finanzierung von bestimmter Medikamentengruppe und bundesweiter PAIS-Versorgungsplan erzielt
- Gesicherte Bundesmittel für die onkologische Langzeitnachsorge bei jungen Erwachsenen

Eine einheitliche Finanzierung von Medikamenten, gesicherte Bundesmittel für die onkologische Langzeitnachsorge bei jungen Erwachsenen und ein bundesweiter Versorgungsplan für PatientInnen mit postakuten Infektionssyndromen (PAIS) – diese Themen standen heute, Freitag, im Fokus der Bundes-Zielsteuerungskommission (B-ZK) in Wien. VertreterInnen des Bundes, der Länder und der Sozialversicherung bereiteten zentrale Weichenstellungen für die Weiterentwicklung des österreichischen Gesundheitswesens vor. Für Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele ist vor allem die Einigung zu einheitlichen Finanzierungs- und Versorgungsplänen ein großer Fortschritt: „Wir dürfen uns nicht länger hinter Kompetenzdebatten, Systemgrenzen und historisch gewachsenen Zuständigkeiten verstecken. Wenn Menschen krank sind, brauchen sie keine Erklärungen, warum niemand zuständig ist – sie brauchen Unterstützung und rasche Hilfe. Genau daran muss sich Gesundheitspolitik messen lassen.“

Einheitliche Finanzierung von Nahtstellenmedikamenten

Bei der heutigen Sitzung konnte eine Einigung zu einer bundesweit einheitlichen Finanzierung von sogenannten „Medikamenten zur gemeinsamen Finanzierung“ (MEDGEF) erzielt werden. Dabei handelt es sich um ausgewählte, sogenannte Nahtstellenmedikamente, die im Krankenhaus erstmals verabreicht werden und anschließend ambulant oder zuhause weitergeführt werden können. Die neue MEDGEF-Harmonisierungsvereinbarung sorgt dafür, dass die Kosten künftig gemeinschaftlich getragen werden – unabhängig davon, ob die Behandlung im Krankenhaus, im niedergelassenen Bereich oder im Rahmen einer Heimtherapie erfolgt. Damit wird sichergestellt, dass PatientInnen unabhängig von Wohnort, Versicherungsträger oder Behandlungsort eine gleichwertige Versorgung erhalten.

„Für Patientinnen und Patienten darf es keinen Unterschied machen, in welchem Bundesland sie leben, bei welcher Krankenversicherung sie versichert sind oder ob eine Therapie im Krankenhaus oder zuhause fortgesetzt wird. Mit dieser Vereinbarung schaffen wir mehr Versorgungsgerechtigkeit, klare Zuständigkeiten und eine verlässliche Finanzierung an einer besonders sensiblen Schnittstelle unseres Gesundheitssystems“, so LRⁱⁿ Hagele.

Bundesmittel für onkologische Langzeitnachsorge

Darüber hinaus soll das Zentrum für onkologische Nachsorge ehemals kinderonkologisch behandelter PatientInnen im Erwachsenenalter, kurz ZONE, am Landeskrankenhaus Innsbruck künftig durch Bundesmittel kofinanziert werden. „Die tiroler Kliniken in Innsbruck übernehmen hier eine wichtige überregionale Versorgungsfunktion – für Tirol, für andere Bundesländer und auch für Südtirol. Das zeigt einmal mehr die Stärke unseres Gesundheitsstandorts und die hohe Expertise am Landeskrankenhaus Innsbruck“, betont die Gesundheitslandesrätin.

Damit wird auch künftig die spezialisierte Langzeitnachsorge für Menschen gestärkt, die im Kindes- oder Jugendalter an Krebs erkrankt sind. Denn die Therapien können auch viele Jahre später gesundheitliche Folgen haben – etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Zweittumore, Unfruchtbarkeit, Nierenerkrankungen, Osteoporose oder psychosoziale und neurokognitive Belastungen. „Dass immer mehr Kinder und Jugendliche eine Krebserkrankung überleben, ist ein großer Erfolg der modernen Medizin. Gleichzeitig endet die Verantwortung unseres Gesundheitssystems nicht mit dem Abschluss der Therapie. Viele Betroffene brauchen auch Jahre später noch eine spezialisierte Begleitung. Mit der Kofinanzierung durch den Bund stärken wir die wichtige Arbeit des ZONE in Innsbruck nachhaltig“, erklärt LRⁱⁿ Hagele.

Bundesweiter Versorgungsplan für PAIS

Auch bei der Versorgung von PatientInnen mit postakuten Infektionssyndromen (PAIS) konnte eine Einigung erzielt werden. Die Einigung auf einen bundesweit einheitlichen Versorgungsplan für PAIS markiert einen wichtigen Schritt hin zu einer flächendeckenden Versorgung. Künftig soll diese schrittweise im öffentlichen Gesundheitssystem etabliert werden – unabhängig von privaten Angeboten, WahlärztInnen oder einzelnen Spezialinitiativen.

Für LRⁱⁿ Hagele ist klar: „Es braucht klare Entscheidungen, den Mut zur Vereinfachung und Strukturen, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientieren – nicht an Verwaltungslogiken. Auch in Tirol setzen wir wichtige Schritte für eine bessere Koordination und Begleitung für PAIS-Betroffene. Klar ist aber: Das darf kein Nebeneinander einzelner Insellösungen bleiben. Unser Anspruch muss sein, verlässliche Patientenpfade in ganz Österreich zu schaffen – verständlich und für alle zugänglich.“

<https://www.tirol.gv.at/presse/meldungen/meldung/lrin-hagele-gemeinsame-loesungen-statt-debatten-ueber-zustaendigkeiten>